



EESC Info

European Economic and Social Committee

A bridge between Europe and organised civil society

September 2023 | DE

Available Languages:

ES	BG	CS	DA	EN	DE	ET	FR	EL	GA	HR	IT	LV	LT	HU	MT
NL	PL	PT	FI	RO	SK	SL	SV								

GRUSSWORT

Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

ein herzliches Willkommen zurück nach der Sommerpause!

Ich hoffe, dass Sie einen erholsamen Urlaub hatten und neue Energie für die kommenden, recht arbeitsintensiven Monate tanken konnten. Jetzt beginnt eine kritische Phase für die EU: Da wichtige Abkommen und Gesetze noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament zum Abschluss gebracht werden müssen, will der EWSA die dringenden Fragen angehen, die ganz oben auf der Tagesordnung der Zivilgesellschaft stehen.

Nach einem Sommer mit beispiellosen Hitzewellen sowie verheerenden Waldbränden und Überschwemmungen in der EU ist es nur allzu deutlich, dass dringend gehandelt werden muss. Europa braucht unbedingt einen umfassenden Aktionsplan für Wasser. Der EWSA arbeitet an einer übergreifenden Stellungnahme, um eine angemessene Finanzierung, Infrastruktur und Strategie für Wasser sicherzustellen, damit alle Menschen in Europa auch weiterhin Zugang zu Trinkwasser haben. So wie der Grüne Deal zum Synonym für das Engagement der EU für Klimaschutzmaßnahmen geworden ist, muss der künftige Blaue Deal darauf abzielen, eine neue globale Messlatte für eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung festzulegen.

Interessanterweise haben die Bürgerinnen und Bürger der EU bereits vor über zehn Jahren eine Aktualisierung der EU-Trinkwasservorschriften gefordert. Da das Potenzial der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) noch nicht ausgeschöpft wird, müssen wir alle gemeinsam stärker auf die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger eingehen. Deshalb werden die Organisatoren der EBI „Free Europe“ (Pelzfreies Europa) ihre Initiative, die es auf 1,5 Millionen Unterstützungsbekundungen in der gesamten EU gebracht hat, auf unserer Plenartagung im September vorstellen. Zudem wird auf der Plenartagung eine gezielte Überarbeitung des EU-Haushalts erörtert, der von einer unvorhergesehenen Krise eingeholt wurde, die eine rasche und wirksame Anpassung an die neuen dringenden Prioritäten erfordert.

Das Versprechen in meinem politischen Grundsatzprogramm, der Stimme junger Menschen mehr Gehör zu verschaffen, bildet nach wie vor den Schwerpunkt meines Einsatzes für die Zivilgesellschaft. Im Juli hat der EWSA als erste EU-Institution den EU-Jugendtest durchgeführt – ein wichtiger Meilenstein und konkreter Ausdruck meines Einsatzes. Ich möchte allen EWSA-Mitgliedern meinen Dank für ihre Unterstützung bei dieser wichtigen Entscheidung aussprechen. Darüber hinaus setzen wir nun eine Gruppe „Einbeziehung junger Menschen im EWSA“ ein und wählen Stellungnahmen für die erste Runde des EU-Jugendtests aus.

In den kommenden Monaten sollen auch die Beziehungen zur Zivilgesellschaft außerhalb unserer Grenzen, insbesondere der EU-Beitrittskandidaten, gestärkt werden. Der EWSA intensiviert seine Beziehungen zu den EU-Beitrittskandidaten, damit wir sie in unsere tägliche Arbeit einbinden können. Auf unserer jüngsten Plenartagung wurde dieser Einsatz noch einmal bejaht, und das bevorstehende Forum der Zivilgesellschaft des Westbalkans in Thessaloniki, der Stadt, in der die europäische Zukunft für den Westbalkan vor zwei Jahrzehnten bekräftigt wurde, ist vielversprechend.

Gleichzeitig bereiten wir uns auf die größte Übung in Demokratie in der EU vor – die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie auf die Initiative „EurHope“ und eine Online-Konsultation für die Jugendagenda im Vorfeld der Wahlen aufmerksam machen. Die Zivilgesellschaft kann einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau demokratischer Resilienz und zur Gestaltung der Zukunft Europas leisten, indem sie die Standpunkte der Unionsbürgerinnen und -bürger und insbesondere junger Menschen einholt.

Oliver Röpke

Präsident des EWSA

BITTE VORMERKEN

25. September 2023

EU-Bio-Tag - Verleihung der EU-Bio-Auszeichnungen 2023

30. September 2023

14. EWSA-Preis der Zivilgesellschaft - Ende der Bewerbungsfrist

25./26. Oktober 2023, Brüssel

EWSA-Plenartagung



ZUR SACHE

Seit einiger Zeit wird in Europa immer mehr über kritische Rohstoffe gesprochen. Als die internationalen Lieferketten durch die COVID-19-Pandemie und den Lockdown unterbrochen wurden, standen die Industrie und die politischen Entscheidungsträger in der EU mit einem Mal vor der schmerzlichen Erkenntnis, dass Europa eine gesicherte Versorgung mit kritischen Rohstoffen braucht, ohne die der Übergang zu einer CO₂-freien

Wirtschaft nicht gelingen kann.

Im Vorfeld der Verhandlungen der beiden gesetzgebenden Organe der EU über das europäische Gesetz zu kritischen Rohstoffen haben **Maurizio Mensi** und **Michal Pinter**, Berichterstatter und Mitberichtersteller für die EWSA-Stellungnahme zu dem Legislativentwurf, dargelegt, was getan werden muss, damit das Gesetz der europäischen Industrie tatsächlich hilft.

GESETZ ZU KRITISCHEN ROHSTOFFEN: HEUTE NOCH AUSREICHEND VORHANDEN UND MORGEN SCHON KNAPP?

von **Maurizio Mensi** und **Michal Pinter**

Die Liste der kritischen Rohstoffe muss anpassbar bleiben und alle zwei Jahre aktualisiert werden, um mit den technischen und strategischen Entwicklungen Schritt zu halten.

Dem Mangel an kritischen Rohstoffen in Europa kann nur durch eine entschlossene, umfassende EU-Strategie begegnet werden, die Investitionen, Innovationen, Recycling, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit auf einen Nenner bringt. Das von der Europäischen Kommission vorgelegte Gesetz zu kritischen Rohstoffen ist zu begrüßen, da es an all diesen Punkten ansetzt. Es kann nicht zuletzt auch als Hebel gegen mögliche Wettbewerbsverzerrungen und die Fragmentierung des Binnenmarkts genutzt werden.

Derzeit ist die EU bei vielen Rohstoffen zu 75 bis 100 % importabhängig und daher sowohl wirtschaftlich als auch strategisch verwundbar (man denke etwa an das Ausfuhrverbot Chinas für Gallium und Germanium, das unlängst verhängt wurde).

Die zunehmende Beliebtheit sauberer Technologien (Elektrofahrzeuge, Batterien, Photovoltaikanlagen usw.) ist der wesentliche Grund für den zwischen 2017 und 2022 zu verzeichnenden starken Anstieg der Nachfrage nach kritischen Rohstoffen. Hier wiederum ist es der Energiesektor, der die Nachfrage nach Lithium (um mehr als das Dreifache), Kobalt (um 70 %) und Nickel (um 40 %) in die Höhe getrieben hat. Daraus erklärt sich, dass die wirtschaftliche Sicherheit der EU von ihrer gesicherten Versorgung mit kritischen Rohstoffen abhängt, da sich die Risiken in den Lieferketten für kritische Rohstoffe auf die gesamte Wirtschaft und den Binnenmarkt auswirken.

Der EWSA ist der Auffassung, dass erstens ein berechenbarer und stabiler Rechtsrahmen geschaffen werden muss, um nicht nur Investitionen in Rohstoffexplorations- und -extraktionsvorhaben, sondern auch in die Verarbeitung und das Recycling anzuziehen (wodurch erhebliche Mengen an Kupfer, Lithium, Nickel, Kobalt und anderen wertvollen Mineralien aus Altbatterien, Bergbauabfällen usw. gewonnen werden können).

Zweitens brauchen wir eine flexible Liste kritischer Rohstoffe, die leicht angepasst und mindestens alle zwei Jahre aktualisiert werden kann. Denn neben den Materialien, die in den vorgeschlagenen Rechtsvorschriften als strategisch oder kritisch aufgeführt sind, gibt es weitere Materialien, deren Versorgung derzeit nicht gefährdet ist, es aber mittel- bis langfristig werden könnte. Die Bewertung der strategischen Bedeutung verschiedener Rohstoffe sollte außerdem branchenorientiert sein, um der Nachfragesituation in den einzelnen Branchen Rechnung zu tragen.

Drittens muss eine breite öffentliche Unterstützung sichergestellt werden. Der Ausbau der mineralgewinnenden, der verarbeitenden und der Recyclingindustrie wird neue Arbeitsplätze schaffen und wirtschaftlichen Fortschritt bringen. Die Rohstoffindustrie in der EU beschäftigt direkt rund 350 000 Menschen. Mehr als 30 Millionen Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe hängen von der Versorgung mit mineralischen Rohstoffen ab. Dennoch ist öffentliche Akzeptanz keine Selbstverständlichkeit. Damit Europas nachhaltige Versorgung mit Rohstoffen und modernen Werkstoffen gesichert ist, müssen bis 2030 mehr als 1,2 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Es kommt entscheidend darauf an, die Entwicklung von Kompetenzen an den Hochschulen, aber auch in der Rohstoffindustrie und in den öffentlichen Verwaltungen der Mitgliedstaaten durch Maßnahmen sowohl für die Beschäftigten der Branche als auch in den Behörden zu fördern.

Ein weiterer Schlüsselfaktor besteht darin, die verlässliche Versorgung mit ausreichenden Mengen an Strom aus nicht fossilen Brennstoffen zu wettbewerbsfähigen Preisen sicherzustellen. Der EWSA spricht sich für eine Reform der einschlägigen Fördermittel aus, um die Vermarktung zu unterstützen und die Betriebskosten zu decken, anstelle der heutigen Praxis, die FuE-Phase neuer strategischer Projekte stärker zu gewichten. Auf diese Weise könnte die EU mit den Zielen des US-Gesetzes zur Verringerung der Inflation

mithalten.

Außerdem sollten die Sekundärrohstoffmärkte durch Maßnahmen zur Schaffung gut funktionierender Märkte und zur Verhinderung der Verlagerung von Schrott in Drittländer („Scrap Leakage“) unterstützt werden. Die Märkte für Sekundärrohstoffe sind für eine Kreislaufwirtschaft entscheidend und könnten von der Beseitigung regulatorischer, wirtschaftlicher oder technischer Hindernisse profitieren, die auf verschiedenen Stufen der Wertschöpfungskette entstehen.

Der EWSA schlägt vor, öffentliche Mittel einfacher bereitzustellen, wenn die Gewinnung nach vorausgehenden Wirtschafts- und Umweltstudien eingeleitet wird, in denen ihre Schadwirkungen bewertet werden. Deshalb ist eine Koordinierung mit den Vorschriften über staatliche Beihilfen erforderlich. Ferner wäre es ratsam, einige kartellrechtliche Instrumente der EU anzupassen, damit die im Rohstoff-Gesetz festgelegten Ziele leichter erreicht und gleichzeitig übermäßige Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt vermieden werden. Es könnte bspw. hilfreich sein, die Fusionskontrolle flexibler anzuwenden, wobei nicht nur die Ziele des Grünen Deals, sondern auch die Ziele des Rohstoff-Gesetzes zu berücksichtigen sind.

Schließlich brauchen wir wirksame handelspolitische Schutzmaßnahmen, um neue europäische Investitionen zu schützen und sicherzustellen, dass wir mit unseren größten Wettbewerbern mithalten können. Um die externe Bezugsquellen kritischer Rohstoffe zu diversifizieren, sollte die EU Partnerschaften und Kooperationsabkommen – auch mit EU-Kandidatenländern – prüfen sowie Projekte zur Entwicklung von Prospektivkampagnen an ausgewählten neuen Standorten und/oder in brachliegenden Bergbaustätten finanzieren. Solche Partnerschaften könnten an die Bedingung geknüpft werden, dass sich die Bewerberländer verpflichten, ihre Umweltpolitik schneller an das EU-Recht und die EU-Standards anzugleichen.

EINE FRAGE AN ...



Eine Frage an...

In unserer Rubrik „Eine Frage an...“ kommentiert
Berichterstatte Javier Doz für EWSA info die vorgeschlagenen
neuen Vorschriften für die wirtschaftspolitische Steuerung der
EU.



„Wir müssen über den Stabilitäts- und Wachstumspakt hinausgehen.“

EWSA info: Wie steht der EWSA zum Vorschlag der Kommission für die neue wirtschaftspolitische Steuerung?

Javier Doz: Die Kommission hat diesen Vorschlag im Januar 2024 vorgelegt, weil die im Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) enthaltene allgemeine Ausweichklausel ausläuft und viele EU-Mitgliedstaaten in der Folge der Pandemie hohe Haushaltsdefizite und Schuldenstände aufweisen. Möglicherweise lag dem Vorschlag auch eine kritische Betrachtung der negativen Auswirkungen einer starren Anwendung der SWP-Bestimmungen auf die politische Steuerung der großen Rezession zugrunde.

In dem Vorschlag werden die Defizit- und Verschuldungsgrenzen (3 % bzw. 60 % des BIP) zwar beibehalten, allerdings werden die Art und Weise und die Fristen für die Erreichung dieser Ziele flexibler gestaltet und auf die Situation in den jeweiligen Mitgliedstaaten zugeschnitten.

Zudem werden die Regeln vereinfacht, indem die Wachstumsrate der Nettoprimärausgaben zum Schlüsselindikator erhoben wird, d. h. Schuldzinsen, Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Ausgaben, die durch diskretionäre Maßnahmen oder EU-Mittel finanziert werden, sind aus der Berechnung ausgenommen. Die wichtigste Neuerung sind die auf vier bis sieben Jahre ausgelegten strukturellen finanzpolitischen Pläne, die die einzelnen Regierungen mit der Kommission vereinbaren und die die vorgesehenen Strukturreformen umfassen.

Am 26. April veröffentlichte die Kommission zwei Verordnungsvorschläge und einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Änderung der Ziele des SWP im Bereich der wirtschaftspolitischen Koordinierung und haushaltspolitischen Überwachung, des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (VÜD) und der Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen. Auf Druck der deutschen Regierung wurden die in der Mitteilung vom November genannten Bestimmungen noch verschärft und insbesondere vorgesehen, dass Länder mit einem Defizit von über 3 % des BIP ihre Verschuldung um jährlich 0,5 % des BIP

abbauen müssen und dass bei einem Abweichen eines Landes von seinem mittelfristigen Plan automatisch das VÜD greift.

Der EWSA unterstützt zwar die zentralen Elemente des von der Kommission vorgelegten Pakets, die auf die einzelnen Länder abgestimmten strukturellen finanzpolitischen Pläne und die Flexibilisierung des SWP, ist jedoch der Ansicht, dass die im ursprünglichen Vorschlag vom November vorgesehenen Bedingungen beibehalten werden sollten. Zudem fordert er eine Debatte über die Notwendigkeit, über den 1997 eingeführten hinauszuweichen.

Nach Ansicht des EWSA sollte außerdem auch die Frage einer „dauerhaften europäischen Fiskalkapazität“ behandelt werden, damit eine breitere Palette „gemeinsamer europäischer Güter“ finanziert werden kann. Der EWSA ist ferner der Auffassung, dass die Einbeziehung der nationalen Parlamente, der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, der Sozialpartner und der Organisationen der Zivilgesellschaft in die

Ausarbeitung der strukturellen finanzpolitischen Pläne die „nationale Eigenverantwortung“ für die in den Plänen enthaltenen Zusagen stärken würde.

Der EWSA hält es für notwendig, die Investitionen in die strukturellen finanzpolitischen Pläne, insbesondere im Bereich des ökologischen Wandels und der Verteidigung, differenziert zu behandeln, die sozialen und beschäftigungspolitischen Ziele bei den Investitionen und Reformen zu stärken und die Methodik für die Schuldentragfähigkeitsanalyse und die Einbeziehung der Regierungen und unabhängigen nationalen Finanzbehörden in die Festlegung des „technischen Kurses“ für den Schuldenabbau gründlich auf den Prüfstand zu stellen.

UNSER ÜBERRASCHUNGSGAST



Überraschungsgast

Unser Überraschungsgast ist diesen Monat der in Georgien ansässige französische Journalist **Régis Genté**. Er befasst sich mit dem in seinem Gastland schwelenden Konflikt zu einer Zeit, da alle Augen auf die Ukraine gerichtet sind.

Régis Genté ist freier Journalist und Fachmann für die ehemalige UdSSR. Er lebt seit 2008 in Tiflis und berichtet für mehrere französische Medien, darunter RFI, France24 TV und Le Figaro, über Russland, die Ukraine, den Kaukasus und Zentralasien.

Zudem hat er mehrere Bücher verfasst bzw. mitverfasst, u. a. das kürzlich erschienene Werk „Volodymyr Zelensky, dans la tête d'un héros“ [deutsche Ausgabe: „Wolodymyr Selenskyj: Geburt eines Helden“], 2022; „Futbol, le ballon rond de Staline à Poutine“ [Fußball von Stalin bis Putin], 2018; „Putin et le Caucase“ [Putin und der Kaukasus], 2014, und „Voyage

au pays des Abkhazes“ [Reise ins Land der Abchasen], 2012. (dm)



Georgien – eine weitere Front für Russland

Ende 2023 wird es für Georgien ums Ganze gehen. Im Dezember muss der Europäische Rat entscheiden, ob er der ehemaligen Sowjetrepublik den Status eines EU-Bewerberlandes zuerkennt.

Im Juni 2022 verweigerte der Rat Georgien diesen Status, im Gegensatz zur Ukraine und Moldau. Grund war die eindeutig antiwestliche und damit prorussische Politik der georgischen Regierung. Der Rat erkannte Georgien zwar eine „europäische Perspektive“ zu, machte jedoch den Status eines Bewerberlandes von der Umsetzung von zwölf Prioritäten abhängig, etwa der Verbesserung der Medienlandschaft oder der Unabhängigkeit der Justiz.

Innerhalb des Landes herrschen große soziale und politische Spannungen, die auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierungspartei, dem „Georgischen Traum“ des Oligarchen Bidsina Iwanischwili (der in Russland ein Vermögen von 4,5 Milliarden Euro angehäuft hat), und den 3,7 Millionen Georgierinnen und Georgiern zurückzuführen sind. Auf der einen Seite steht eine Partei, die seit 2012 an der Macht ist und zunehmend eine Politik verfolgt, die heute als entschieden prorussisch wahrgenommen wird, und auf der anderen eine Bevölkerung, die laut den jüngsten Umfragen zu 81 % der EU beitreten will.

Die Lage ist auch deshalb so angespannt, weil der Eindruck entstanden ist, Russland manipulierte die georgische Regierung. Wie sonst lässt sich erklären, dass der „Georgische Traum“ versucht hat, ein Gesetz gegen „ausländische Agenten“ nach dem Vorbild des russischen Gesetzes von 2012 zu verabschieden, das die Georgier nur aufbringen konnte, da sie dadurch ganz offensichtlich ihre Chancen auf Annäherung an Europa dauerhaft verlieren?

Zudem unterstützen die russischen Machthaber die Regierung Iwanischwili bei ihrer Politik eines Bruchs mit dem Westen. Die georgische Regierung untergräbt die Verbindungen zu den westlichen Partnern systematisch (durch anhaltende Auseinandersetzungen mit EU- und US-Vertretern oder Propaganda über die angebliche Absicht des Westens, zur Schwächung Russlands eine zweite Front in Georgien zu eröffnen).

Hingegen lobt der Kreml die Beschlüsse der Regierung Iwanischwili und ergreift Maßnahmen, um die georgische Öffentlichkeit zu beschwichtigen, wie etwa die Wiedereinführung von (seit 2019 ausgesetzten) Direktflügen zwischen den beiden Ländern oder die Abschaffung von Visa für Georgier, die in das Gebiet der ehemaligen Kolonialmacht einreisen.

Das ist wenige Monate vor einer von vielen Georgiern als historisch empfundenen Entscheidung des Europäischen Rates eine explosive Mischung. Ein Teil der Öffentlichkeit verzeiht es der Regierung Iwanischwili nicht, dass sie das Land wieder in die russische Einflussosphäre bringen will. Ein anderer, vielleicht die Mehrheit, versteht sich zwar als proeuropäisch, weiß aber nicht, was es von der Kommunikation einer Regierung halten soll, die den Westen scharf kritisiert und darauf bedacht ist, ein Russland, das sich aggressiver denn je verhält, nicht zu reizen. Die Sicherheitsrisiken in einem Land, in dem 2008 mit dem russisch-georgischen Krieg bekanntlich das Kräfterennen zwischen Moskau und dem Westen begann, sind sehr hoch.

EWSA

Altersdiskriminierung verhindern: EWSA fordert von den EU-Mitgliedstaaten eine neue Strategie für ältere Menschen

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten aufgefordert, eine neue europäische Strategie für ältere Menschen auf den Weg zu bringen, bei der ältere Menschen nicht länger als Belastung und Kostenfaktor für die Gesellschaft wahrgenommen werden. Durch die Strategie soll vielmehr ihr soziales, wirtschaftliches und intellektuelles Potenzial ausgeschöpft werden, das häufig vernachlässigt wird.

Da es bislang kein politisches Gesamtkonzept für ältere Menschen und das Thema Alter gibt, wäre dies die erste Strategie der EU mit dem Ziel, die Rechte älterer Menschen zu schützen und ihnen die uneingeschränkte Teilhabe an Gesellschaft und Wirtschaft zu ermöglichen.

Die Forderungen des EWSA wurden in einer Stellungnahme vorgebracht, die auf der Plenartagung im Juli verabschiedet wurde. In diesem Rahmen fand eine Debatte mit der für Demokratie und Demografie zuständigen Vizepräsidentin der Kommission, Dubravka Šuica, und der Vorsitzenden der AGE Platform Europe, Dr. Heidrun Mollenkopf, statt. Die Stellungnahme wurde auf Ersuchen des spanischen EU-Ratsvorsitzes ausgearbeitet.

Die Strategie soll dazu beitragen, Altersdiskriminierung zu bekämpfen, die neben Diskriminierung aufgrund des Geschlechts nach wie vor zu den am weitesten verbreiteten Formen von Diskriminierung in der EU gehört – obwohl Europas Bevölkerung rasch altert. Schätzungen von Eurostat zufolge wird die Zahl der 75- bis 84-Jährigen in der EU bis 2050 um 56,1 % und die Zahl der 65- bis 74-Jährigen um 16,6 % steigen.

„Der EWSA fordert die Kommission klar und unmissverständlich auf, vor Ablauf ihrer laufenden Amtsperiode eine europäische Strategie für ältere Menschen auszuarbeiten. Dies ist meines Erachtens ein erster Schritt, der weitreichende Folgen für die europäische Sozial- und Bevölkerungspolitik haben wird“, stellte der Berichterstatter für die Stellungnahme, **Miguel Angel Cabra de Luna**, fest.

Kommissionsvizepräsidentin Dubravka Šuica erklärte: „Ältere Menschen sind weder ein Kostenfaktor noch eine Belastung. Sie sind ein Gewinn. Wir dürfen den demografischen Wandel nicht isoliert betrachten. Wir müssen beobachten, wie er mit Megatrends wie dem ökologischen und dem digitalen Wandel zusammenwirkt.“

„Ältere Menschen sollten nicht als Leistungsempfänger, sondern als Bürgerinnen und Bürger mit den gleichen Rechten auf ein uneingeschränktes, diskriminierungsfreies Leben wie Menschen aller Altersgruppen betrachtet werden. Diese Rechte müssen in allen Lebensbereichen zuerkannt werden“, meinte **Dr. Heidrun Mollenkopf**.

In vielen Ländern liegt ein erheblicher Teil des Vermögens und der Kaufkraft in den Händen älterer Menschen. Die Seniorenwirtschaft, die von älteren Verbrauchern getragen wird, dürfte weiter stark wachsen und im Jahr 2025 einen Wert von 5,7 Billionen Euro erreichen. Um dieses Potenzial auszuschöpfen, braucht die EU wirksame Strategien, die der regionalen Dynamik und den Chancen dieser Branche Rechnung tragen. (II)



Erste konkrete Vorschläge zum Blauen Deal – EWSA setzt das Thema Wasser auf die EU- Agenda

Ein menschenrechtsorientierter Ansatz bei der Wasserbewirtschaftung, mehr Investitionen, die Einführung von Verbrauchskennzeichnungen und eine Neugestaltung der Preise – das sind einige der zentralen Empfehlungen der sechs EWSA-Stellungnahmen zum Thema Wasser, die der Ausschuss auf seiner Plenartagung im Juli verabschiedet hat. Im Rahmen seiner Initiative zum Blauen Deal bilden sie das erste Paket von Vorschlägen des EWSA für eine umfassende Wasserpolitik der EU.

Angesichts der drängenden Herausforderungen in diesem Bereich ergreift der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss die Initiative und legt ein umfassendes Paket von Empfehlungen für eine nachhaltige Wasserpolitik für Europa vor. Mit seinem Aufruf zu einem Blauen Deal fordert der EWSA ein einheitliches Vorgehen in ganz Europa zur [Beseitigung der Wasserarmut](#) und zur Sicherstellung des Zugangs zu einwandfreiem und erschwinglichem Wasser und einer angemessenen sanitären Versorgung als Menschenrecht.

Diese Ziele sind nach Ansicht des EWSA ohne [Schaffung einer widerstandsfähigen Wasserinfrastruktur und entsprechender Verteilungsnetze](#) nicht zu erreichen. Der erste Schritt zur Ermittlung des Investitionsbedarfs und Gewährleistung einer effizienten Wasserbewirtschaftung besteht in einer Bestandsaufnahme der aktuellen Wasserinfrastruktur und der Verfügbarkeit von Wasser in jedem Mitgliedstaat.

Mit Blick auf die [wirtschaftlichen Aspekte eines europäischen Blauen Deals](#) empfiehlt der EWSA unter anderem Preisstrategien, mit denen die Menschen von Wasserverschwendung abgehalten werden, und schlägt neue Arten vor, wie die Wasserpolitik finanziert werden kann. Die EU als weltweit führender Akteur im Bereich wassereffizienter Technologien – das ist das Ziel des EWSA. Um den Wasserverbrauch zu senken, die Wiederverwendung und Wiederaufbereitung von Wasser zu fördern und die Wasserverschmutzung zu bekämpfen, schlägt der Ausschuss vor, das Thema Wasser in der [Industriepolitik](#) der EU

bereichsübergreifend zu verankern. Für die [Landwirtschaft](#) schlägt der EWSA einen ähnlichen Ansatz vor, damit sichergestellt ist, dass der Aspekt Wasser im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) durchgehend Berücksichtigung findet.

Der EWSA ist sich der Macht der [Verbraucher](#), auf einen Wandel hinzuwirken, bewusst, und möchte daher die Verwendung wassersparender Geräte durch die Einführung von Wasserverbrauchskennzeichnungen und einen kreislaufforientierten Wasserverbrauch fördern, um so die lösungsorientierte Eigenverantwortung zu stärken.

Diese Vorschläge werden in einer Reihe von Grundsätzen und zentralen Maßnahmen zusammengefasst, die den Organen der EU am 26. Oktober 2023 auf der Konferenz „Aufruf für einen europäischen Blauen Deal“ vorgelegt werden sollen. Der EWSA möchte, dass die nächste Europäische Kommission das Thema Wasser ganz oben auf ihre Agenda setzt. (gb)



Förderung der psychischen Gesundheit erfordert umfassenden Ansatz

Angesichts der dramatischen Zunahme der psychischen Erkrankungen und Verhaltensstörungen in Europa, vor allem bei jüngeren Menschen, fordert der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) eine Reform der Gesundheitssysteme in der gesamten EU, damit für die psychische Gesundheit eine umfassende Herangehensweise sichergestellt ist.

In der [Stellungnahme](#), die auf Ersuchen des spanischen EU-Ratsvorsitzes erarbeitet und auf der Plenartagung im Juli verabschiedet wurde, erklärt der EWSA, dass der Schwerpunkt der psychischen Gesundheitsfürsorge auf weitsichtiger Prävention, Früherkennung und ortsnahe Betreuung liegen sollte.

„Die Gesundheitssysteme in der gesamten EU müssen dringend reformiert werden, damit sichergestellt wird, dass unter dem Einsatz multidisziplinärer Teams integrierte und geplante langfristige Interventionen und Versorgungsmaßnahmen nicht nur zur Behandlung, sondern auch zur Vorbeugung angeboten werden, anstatt auf episodische Versorgungsmodelle ausgerichtet zu sein“, so die Berichterstatterin der Stellungnahme, **Milena Angelova**.

"Wir müssen unser System der psychischen Gesundheitsfürsorge ändern. Wir brauchen mehr Spezialisten und mehr Unterstützung für die Menschen, die Hilfe benötigen", erklärt der Ko-Berichterstatter der Stellungnahme, **Ivan Kokalov**.

Junge Menschen, Kinder, Frauen und benachteiligte Gruppen, aber auch Menschen, die dauerhaft Stress ausgesetzt sind, stehen besonders in Gefahr, eine psychische Störung zu entwickeln.

Infolge der COVID-19-Pandemie hat sich die psychische Gesundheit weiter verschlechtert: Etwa 20 % der Europäerinnen und Europäer leiden unter mittelschweren bis schweren psychischen Störungen. Dies hat

auch Auswirkungen auf das Arbeitsleben und das Einkommen. Aktuelle Schätzungen zufolge liegen die durch psychische Erkrankungen und Verhaltensstörungen verursachten Kosten in der EU jährlich bei etwa 4 % des BIP.

Auch fordern psychische Störungen einen hohen menschlichen Tribut und sind die Ursache für etwa 4 % der jährlichen Todesfälle in Europa. Bei jungen Menschen sind sie die zweithäufigste Todesursache.

Der EWSA begrüßt den kürzlich vorgelegten umfassenden Plan für psychische Gesundheit der Europäischen Kommission und fordert nachdrücklich, dass dieser rasch in eine mit angemessenen Mitteln ausgestattete EU-Strategie für psychische Gesundheit umgesetzt wird. Für die Strategie sollten ein Zeitrahmen, klare Zuständigkeiten und messbare Fortschrittsindikatoren festgelegt werden.

Nach Ansicht des EWSA sollten die Systeme der psychischen Gesundheit auf Rechten basieren und personenzentriert sein. Ihr Schwerpunkt sollte auf der Befähigung zur Selbstbestimmung und der aktiven Beteiligung an der eigenen Genesung liegen.

Der EWSA fordert mit Nachdruck, dass die Europäische Kommission das Jahr 2024 zum Europäischen Jahr der psychischen Gesundheit ausruft. Dies wäre ein deutliches Signal und der Bildung einer starken Allianz zur Verbesserung und Förderung der psychischen Gesundheit in der gesamten EU zuträglich.

EWSA erörtert die Initiative „Ehrenmitglieder aus den Erweiterungsländern“ zur schrittweisen Integration der EU-Bewerberländer

Auf seiner Juli-Plenartagung begrüßte der EWSA Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen aus den Bewerberländern. Dabei machte er seine Initiative zur Ernennung von „Ehrenmitgliedern aus den Erweiterungsländern“ bekannt, die zur Mitwirkung an der täglichen Beratungstätigkeit des Ausschusses eingeladen werden sollen.

Als einen ersten konkreten Schritt in diese Richtung führte der EWSA auf seiner Juli-Plenartagung eine Debatte über die Bedeutung der Zivilgesellschaft für den EU-Erweiterungsprozess. Darüber hinaus unterzeichnete **EWSA-Präsident Oliver Röpke** eine gemeinsame Absichtserklärung mit dem Regionalen Kooperationsrat (RCC) zur Unterstützung einer strukturierten Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Jugend an der Förderung von Frieden und Wohlstand in Südosteuropa.

Der EU-Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung, **Olivér Várhelyi**, lobte die Initiative des EWSA zur Einbindung von „Ehrenmitgliedern aus den Erweiterungsländern“, weil die Erweiterungspolitik damit ihre Aktualität in der EU-Agenda behalte.

Der Ministerpräsident der Republik Moldau, **Dorin Recean**, wies darauf hin, dass diese neue Initiative des EWSA zur rechten Zeit komme und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in Moldau stärken werde.

Majlinda Bregu, Generalsekretärin des RCC, erklärte: „Bei uns im RCC wäre es unvorstellbar, bei der Koordinierung regionaler Bemühungen zur Umsetzung der anspruchsvollen Grünen Agenda für den Westbalkan das Konsultationsforum unserer zivilgesellschaftlichen Organisationen außen vor zu lassen oder unseren Handelskammern bei der Koordinierung der Bestrebungen um einen regionalen Markt keine starke Stimme zu geben“.

Boško Savković vom Arbeitgeberverband Serbiens würdigte das Engagement der serbischen Zivilgesellschaft, denn sie trete ausländischer Desinformation entgegen und propagiere bei den Serben die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft.

Olexander Jaworskyj vom ukrainischen Arbeitgeberverband unterstrich: „Die Ukraine hatte schon lange vor Ausbruch des Krieges den Entschluss gefasst, sich um die EU-Mitgliedschaft zu bemühen. Den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft der Ukraine müssen jetzt die richtigen Kenntnisse vermittelt werden, damit sie auf dem Weg zum EU-Beitritt gut vorankommen.“

Anisa Subashi, Vizepräsidentin des albanischen Gewerkschaftsbundes, hob die Rolle der Gewerkschaften bei der Stärkung des sozialen Dialogs hervor. Dies sei gerade jetzt, wo die albanische Regierung versuche, die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft zu beschneiden, besonders wichtig.

Auch **Dajana Cvjetković** vom Zentrum für die Förderung der Zivilgesellschaft in Bosnien und Herzegowina und **Daliborka Uljarević**, Exekutivdirektorin beim Zentrum für staatsbürgerliche Bildung in Montenegro, sprachen sich für eine tragende Rolle der Zivilgesellschaft im Erweiterungsprozess aus. „Wir sind die Mitte der Gesellschaft und verkörpern die Bestrebungen unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir sind die engsten Verbündeten der EU-Organe, und diese Initiative wird unsere Zusammenarbeit noch weiter vertiefen“, betonte **Frau Uljarević**. (mt)

Industrieplan zum Grünen Deal: Da geht noch mehr!

Dem Konzept für eine klimaneutrale Industrie fehlt es an einer Vision, wie die europäische Industrie wettbewerbsfähig bleiben und Investitionen anziehen kann.

Der EWSA bewertet den Industrieplan für den Grünen Deal und die Netto-Null-Industrie-Verordnung als insgesamt gut, aber es sollten konkretere Maßnahmen aufgeführt werden, um die Standortbedingungen zu verbessern, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu fördern und die EU von ihren systemischen Konkurrenten abzuheben.

„Wir monieren, dass es erst eines Inflation Reduction Act in den USA bedurft hat, um die EU zum Handeln zu bewegen“, so **Sandra Parthie**, Berichterstatterin für die [EWSA-Stellungnahme zum Industrieplan zum Grünen Deal und zur Netto-Null-Industrie-Verordnung](#). „Das hätte früher passieren müssen. Die EU hätte entschiedener und beherzter reagieren müssen, um unserer Wirtschaft und der Gesellschaft zu zeigen, dass wir Europa wirklich als Industriestandort mit guten Arbeitsplätzen und guten Löhnen für die Beschäftigten erhalten wollen.“

In den letzten Jahrzehnten ist die europäische Industrie bei der Wettbewerbsfähigkeit hinter ihre wichtigsten Konkurrenten zurückgefallen. Das Pro-Kopf-BIP in der EU ist von rund 70 % desjenigen der USA in den 2000er Jahren auf unter 66 % gesunken. Der Anteil der USA und der EU an den weltweiten Bruttoinvestitionen ging zwischen 1999 und 2020 von 29 % auf 20 % bzw. von 23 % auf 15 % zurück.

Um diesen Abwärtstrend umzukehren, empfiehlt der EWSA, eine Prüfung durchzuführen, um zu ermitteln, wie die EU ihre Wertschöpfungsketten kontrollieren und verbessern sowie übermäßige Abhängigkeiten vermeiden kann. Zudem schlägt er vor, alle Legislativvorschläge der EU einem Check-up der Wettbewerbsfähigkeit zu unterziehen.

Ein Problem, das nach Ansicht des EWSA energischere Maßnahmen erfordert, sind Bürokratie und Bearbeitungszeiten. Ein Beispiel sind öffentliche Mittel: Entscheidungen über die Gewährung von Finanzhilfen für Projekte und den Zugang zu Finanzmitteln dauern zu lange. Der EWSA meint: Wenn wir verhindern wollen, dass Investoren ihre Geschäftstätigkeit in andere Länder verlagern, sind Maßnahmen erforderlich, um eine zeitnahe und zugängliche Finanzierung sowohl der Betriebskosten als auch der Investitionsausgaben für Unternehmen jeder Größe, egal ob Groß- oder Kleinunternehmen, sicherzustellen.

Die Erteilung von Genehmigungen ist ein weiterer Punkt, in dem der Industrieplan zum Grünen Deal nicht weit genug geht: Eine Reihe von Netto-Null-Technologien sollen von beschleunigten Genehmigungsverfahren und mehr finanzieller Unterstützung für Projekte profitieren, während andere Sektoren weiter größere Schwierigkeiten damit haben.

Nach Auffassung des EWSA konzentrieren sich der Industrieplan zum Grünen Deal und die Netto-Null-Industrie-Verordnung zu sehr auf die Förderung umweltfreundlicher Technologien und das Herauspicken von „Champions“. Stattdessen sollten sie eine vielfältige Industrie mit einem breiten Spektrum von Sektoren fördern.

In Europa gibt es viele energieintensive Schwer- und Primärindustrien, die dekarbonisiert werden müssen und im Industrieplan zum Grünen Deal nicht vorkommen.

Eine weitere mögliche Falle ist eine Lockerung der EU-Beihilferegeln, da sie die Kluft zwischen reicheren und ärmeren Mitgliedstaaten vergrößern könnte. Denn letztere verfügen nicht über den finanzpolitischen Spielraum, um in den grünen Wandel zu investieren und ihre Vorreiterindustrien und Privathaushalte zu unterstützen. Deshalb sollte eine ernsthafte Debatte über einen Europäischen Souveränitätsfonds geführt werden, um auf EU-Ebene zusätzliche Finanzmittel für den Übergang bereitzustellen.

Laut den Zahlen der Europäischen Kommission besteht im Bereich der Netto-Null-Technologien ein erhebliches Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen: in der Brennstoffzellen- und Wasserstoffherstellung werden 180 000, in der Fotovoltaikindustrie 66 000 und in der Batterieproduktion 800 000 Arbeitskräfte benötigt.

Im Industrieplan zum Grünen Deal wird die Entwicklung grüner Kompetenzen unterstützt, der EWSA vertritt jedoch die Meinung, dass die Entwicklung des gesamten Spektrums der in der Industrie benötigten Kompetenzen gefördert werden sollte. Außerdem sollten die Arbeitserlaubnisse für qualifizierte Arbeitnehmer aus Drittländern beschleunigt und vereinheitlicht werden. (dm)



EWSA: Ressourcensicherheit und grüner Wandel erfordern eine kohärente Rohstoffpolitik der EU

In einer auf seiner Juli-Plenartagung verabschiedeten Stellungnahme fordert der EWSA die EU zu einem umfassenden Ansatz in der Rohstoffpolitik auf. Er schlägt vor, die Listen kritischer Rohstoffe zu erweitern, faire Energiepreise zu gewährleisten, Genehmigungsverfahren zu vereinfachen, Recycling zu priorisieren und den Aufbau von Kapazitäten im Bereich der Rohstoffversorgung der EU zu fördern.

Derzeit wird die weltweite Versorgung mit kritischen Rohstoffen von China dominiert, während Europa weniger als 5 % der globalen mineralischen Rohstoffe produziert. Prognosen zufolge wird sich die Nachfrage nach Rohstoffen bis 2060 weltweit verdoppeln, so dass ein sofortiger Handlungsbedarf besteht.

Zur Bewältigung dieser Herausforderungen empfiehlt der EWSA, die Liste der kritischen Rohstoffe um diejenigen zu erweitern, die für grüne und nachhaltige Technologien unerlässlich sind, und so gezielte Maßnahmen und Investitionen zu ermöglichen. Zudem spricht er sich für faire Energiepreise, finanzielle Unterstützung, vereinfachte Genehmigungsverfahren und Partnerschaften mit anderen Ländern aus, um die Ressourcensicherheit zu erhöhen und die grüne Transformation in der EU voranzutreiben.

Der Berichterstatter des EWSA für die [Stellungnahme](#), **Maurizio Mensi**, betont, dass die Verwertung und Wiederverwendung von Rohstoffen im Abfallrecht Vorrang bekommen müssen, um die Abhängigkeit von Primärquellen zu verringern und das Wirtschaftswachstum zu stimulieren. Der EWSA mahnt jedoch, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Ressourcensicherheit und Umwelterwägungen bestehen muss, damit die Nachhaltigkeitsziele der EU erreicht werden.

Der Ko-Berichterstatter des EWSA, **Michal Pintér**, spricht sich für einen EU-weiten Kapazitätsaufbau in der mineralgewinnenden Industrie aus. In der Stellungnahme wird gefordert, den Fokus auf die Entwicklung des Humankapitals in der mineralgewinnenden Industrie und die Umschulung und Weiterqualifizierung der vorhandenen Arbeitskräfte zu richten, um die Rohstoffindustrie zu stärken.

Wenn die EU diese Aspekte gemeinschaftlich angeht, kann sie den Übergang zu einer grünen Wirtschaft meistern und die Grundlagen für eine resiliente, nachhaltige und weltweit wettbewerbsfähige Rohstoffindustrie schaffen. (gb)



Übergang zu nachhaltiger Energie im Fischerei- und Aquakultursektor der EU: Ein Weg zur Klimaneutralität

Der EWSA begrüßt die Strategie der Europäischen Kommission für die Energiewende im Fischerei- und Aquakultursektor der EU in einer [Stellungnahme](#), die er auf Ersuchen des spanischen Ratsvorsitzes ausgearbeitet und auf der Plenartagung im Juli verabschiedet hat. Der Ausschuss erkennt an, dass die CO₂-Emissionen dringend gesenkt und nachhaltige, erneuerbare und wirtschaftlich tragfähige Energiealternativen gefördert werden müssen, und betont, wie wichtig es ist, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen.

Der EWSA unterstreicht, dass die Fischwirtschaft bei der Eindämmung der Folgen des Klimawandels eine große Rolle spielt. Fischer stellen eines der gesündesten tierischen Eiweiße mit einem besonders geringen CO₂-Fußabdruck bereit; die Emissionen der Branche werden 2023 voraussichtlich einen recht kleinen Teil der weltweiten Gesamtemissionen ausmachen. Dies zeigt, dass ihre Umweltauswirkungen vergleichsweise gering sind. Der EWSA fordert jedoch fortgesetzte Anstrengungen zur Erhöhung der Energieeffizienz und zur weiteren Senkung der Emissionen.

„Die Dekarbonisierung des Fischereisektors setzt einen umfassenden Ansatz, finanzielle Anreize und die Einführung CO₂-freier Energieträger voraus“, wie der Berichterstatter für die Stellungnahme, **Javier Garat Pérez**, erklärte. „Realismus und Ambitionen müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Wir brauchen einen angemessenen und realistischen Zeitplan für die Dekarbonisierung, bei dem technischen, logistischen und rechtlichen Entwicklungen Rechnung getragen wird. Die Kosten des Übergangs sollten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den verschiedenen Branchen der maritimen Wirtschaft tragbar sein und es darf niemand zurückgelassen werden. Damit die Energiewende gelingt, müssen die Ziele der Dekarbonisierung mit der wirtschaftlichen Tragfähigkeit vereinbar sein.“

Der EWSA erkennt an, dass die Entwicklung und weltweite Verfügbarkeit alternativer und innovativer grüner Technologien Herausforderungen darstellen. Der EWSA schlägt vor, die Hybridisierung als Zwischenlösung zu betrachten und auch Optionen zu prüfen, die über fossile Brennstoffe hinausgehen. Zudem stellt er fest, dass für den Umstieg auf eine andere Energiequelle völlig neu konstruierte Schiffe mit einer höheren Ladekapazität (Bruttoraumzahl) zum Einbau neuer Maschinen benötigt werden. Der EWSA fordert die Europäische Kommission daher auf, die Definition der Fangkapazität zu überprüfen, um neue Technologien der Energiewende nutzen zu können. (ks)

Werbung durch Influencer: EWSA schlägt EU-Rechtsvorschriften vor, um den Wildwuchs zu beenden

Die Pflichten der Influencer sowie der Videoplattformen und sozialen Netzwerke sollten verbindlich festgelegt werden

Kaum eine Wirtschaftstätigkeit wuchs im letzten Jahrzehnt so stark wie Werbung und Marketing durch Influencer. Die von den Verbraucherinnen und Verbrauchern im Vergleich zu klassischer Werbung bzw. Prominentenwerbung als näher, authentischer und vertrauenswürdiger wahrgenommenen Influencer werden für Marken ein immer wichtigeres Investitionsziel.

Während für die klassische Werbung sehr strenge Regeln gelten, kann Influencer-Werbung durch die Maschen des Verbots von Schleichwerbung fallen. Der Werbecharakter von Influencer-Botschaften ist nicht immer als solcher erkennbar, da Werbeinhalte neben ähnlich gestalteten, aber unabhängigen redaktionellen Inhalten erscheinen.

Dieser Mangel an Transparenz ist gefährlich für die Verbraucher im Allgemeinen und für Minderjährige im Besonderen. Wenn diese schutzbedürftige Gruppe Schleichwerbung ausgesetzt wird, kann dies ihrer physischen, psychischen, sozialen und emotionalen Entwicklung schaden.

Sollte die EU hier aktiv werden? „Die EU verfügt bereits über einige Instrumente für den Umgang mit Influencern, die sich aus den Rechtsvorschriften sowohl für Werbetreibende als auch für Verkäufer bzw. Händler ergeben. Wir halten es jedoch für wünschenswert, dass angesichts der raschen Zunahme dieses Phänomens ein umfassender Ansatz verfolgt wird“, so **Bernardo Hernández Bataller**, Berichterstatter der [EWSA-Stellungnahme](#) zu diesem Thema.

Der Ausschuss schlägt vor, dass die EU spezifische Verpflichtungen sowohl für die Betreiber der Videoplattformen und sozialen Netzwerke, in denen Influencer aktiv sind, als auch für die Inhaltsersteller/Influencer selbst festlegen sollte.

Influencer sollten

- bereits zu Beginn des Posts eine auffällige Kennzeichnung einblenden, um darauf hinzuweisen, dass es sich um Marketing handelt;
- sektorspezifische Vorschriften einhalten, mit denen der Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Verbraucher und Nutzer, insbesondere von Minderjährigen und anderen schutzbedürftigen Gruppen, gewährleistet wird;
- haftbar sein, wenn sie nicht hinreichend darauf hinweisen, dass sie für die Empfehlung oder Bewerbung eines Produkts oder einer Dienstleistung bezahlt werden.

Die Betreiber von Plattformen und sozialen Netzwerken sollten

- auch für Inhalte haften, die von den von ihnen gehosteten Inhaltserstellern und Influencern veröffentlicht werden;
- verpflichtet sein, rechtswidrige Inhalte aus dem Netz zu nehmen und rechtswidrige Aktivitäten zu melden;
- außerhalb der EU ansässige Inhaltsersteller/Influencer auffordern, eindeutig anzugeben, wer für ihre Tätigkeiten innerhalb der EU rechtlich haftet, und eine Berufshaftpflichtversicherung abzuschließen, die durch rechtswidriges Verhalten entstehende Schäden abgedeckt.

Zum Schutz von Minderjährigen sollten die Plattformen und die Betreiber sozialer Netzwerke zusammen mit den Influencern sicherstellen, dass

- es technisch möglich ist, den Zugang minderjähriger Nutzer zu sensiblen Inhalten zu verhindern. Solche Inhalte müssen in jedem Fall mit dem Hinweis „Nicht für Minderjährige“ gekennzeichnet werden, eine Altersüberprüfung voraussetzen und die Ausübung der elterlichen Kontrolle ermöglichen;
- an Minderjährige gerichtete Influencer-Botschaften mit den Worten „Werbung“, „kommerzielle Kommunikation“ oder „gesponsort von“ gekennzeichnet werden und retuschierte oder modifizierte Bilder den Hinweis „Bild wurde retuschiert“ sowie mit künstlicher Intelligenz erstellte Produktionen den Hinweis „virtuelles Bild“ aufweisen.

Diese EWSA-Stellungnahme wurde auf Ersuchen des spanischen EU-Ratsvorsitzes erarbeitet, der ausloten will, ob spezifische Rechtsvorschriften notwendig sind, und hierfür den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss um eine einschlägige Stellungnahme gebeten hat. (dm)

Höchste Inflationsrate in der EU seit Einführung des Euro: 96,5 Millionen Menschen armutsgefährdet

Die Inflation in der Europäischen Union ist auf dem höchsten Stand seit der Einführung des Euro. Derzeit sind 96,5 Millionen Menschen in Europa von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht: der starke Preisanstieg bei Waren und Dienstleistungen, die steigenden Energiekosten und der Kaufkraftverlust haben sie am härtesten getroffen.

Dies sind nur einige der alarmierenden Zahlen aus der von **Felipe Medina Martín** erarbeiteten und auf der Juli-Plenartagung verabschiedeten [Stellungnahme des EWSA](#).

Die Auswirkungen der Energiekrise auf die europäische Wirtschaft sind gravierend. Die hohen Preise für Energie, Rohstoffe, Dienstleistungen und Industriegüter haben zu einer hohen Inflation und einem schwächeren Wirtschaftswachstum geführt, die öffentlichen Finanzen und die Unternehmen stark unter Druck gesetzt und gefährden die externe wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit.

Um diesen Trend umzukehren, sollten die Auswirkungen der hohen Energiepreise auf die privaten Haushalte und Schlüsselsektoren (wie der Agrar- und Lebensmittel-, der Verkehrs- und der Einzelhandelssektor) durch entsprechende Programme abgemildert werden. Der EWSA fordert die europäischen Institutionen zudem auf, Kontrollmechanismen einzurichten. Die künftigen Maßnahmen sollten maßgeschneidert und zielgerichtet sein, dem Wandel gerecht werden und insbesondere Familien mit niedrigerem Einkommen und größeren Schwierigkeiten unterstützen.

Einige nationale Preiskontrollmaßnahmen haben sich als besonders geeignete Maßnahme erwiesen, um die Auswirkungen der hohen Preise für grundlegende Produkte auf die den Familien zur Verfügung stehenden Finanzmittel abzufedern. So konnten Spanien und Portugal dank der „iberischen Ausnahmeregelung“ für das Strommarktpreissystem den Gaspreis in Kraftwerken deckeln und dadurch die Rechnungen drastisch senken. Ein weiteres Beispiel ist die vorübergehende Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom-, Lebensmittel- und Kraftstoffpreise in einigen Mitgliedstaaten. (mp)



EWSA fordert eine bessere und harmonisierte Einlagensicherung unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit zur Stärkung des EU-Bankensystems

Nach den jüngsten Bankenkrisen in den USA und dem Fall Credit Suisse hat der EWSA den Vorschlag der Kommission zur Reform des Rahmens für das Krisenmanagement im Bankensektor und für die Einlagensicherung (CMDI) geprüft. Der Ausschuss fordert unter anderem, die Interessen kleinerer und lokaler Banken sowie der Einleger und Steuerzahler zu schützen und das CMDI-Paket mit der anstehenden Reform der Verordnung über staatliche Beihilfen abzustimmen.

Die spanische Regierung hatte den EWSA ersucht, sich mit diesem Thema zu befassen und den gesetzgebenden Organen und dem spanischen EU-

Ratsvorsitz politische Empfehlungen dazu vorzulegen. Der Vorschlag der Kommission zur Reform des CMDI zielt darauf ab, die verbleibenden Risiken im europäischen Bankensektor in Angriff zu nehmen, die Vollendung der Bankenunion weiter voranzutreiben und den EU-Binnenmarkt im Interesse der Einleger und Steuerzahler zu stärken.

„Der EWSA weiß, wie wichtig Schnelligkeit, Flexibilität und Zusammenarbeit bei der Reaktion auf Bankenkrisen sind und dass dabei gleichzeitig Einleger und Steuerzahler geschützt werden müssen“, erklärte EWSA-Berichterstatter **Giuseppe Guerini**. „Der Kommissionsvorschlag ist ein Schritt zur Vollendung der Bankenunion, die für eine vollständige Konsolidierung des EU-Finanzsystems und die Verringerung der Marktfragmentierung von großer Bedeutung ist.“

In seiner [Stellungnahme](#) betont der EWSA, dass die Harmonisierung der Einlagensicherung und die Bewertung von Abwicklungs- und Insolvenzalternativen für den Schutz der Interessen von Einlegern und die Erhaltung des vielfältigen europäischen Bankensystems entscheidend sind. (tk)



65 Jahre EWSA – ein Grund zum Feiern

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) wurde im Jahr 1957 noch unter der Bezeichnung Wirtschafts- und Sozialausschuss als beratende Einrichtung gegründet. Über seine Stellungnahmen und eine Vielzahl weiterer Aktivitäten vertritt er die Perspektive und die Anliegen der organisierten Zivilgesellschaft gegenüber den EU-Beschlussfassungsorganen und macht die EU so ein wenig bürgernäher.

Im Jahr nach seiner Gründung fand vor nunmehr 65 Jahren die erste Plenartagung des Wirtschafts- und Sozialausschusses statt. Lesen Sie hier mehr über den 65. Jahrestag: <https://www.eesc.europa.eu/de/agenda/our-events/events/2023-celebrating-65-years-eesc>.

Rückblick auf 2022 – unser Tätigkeitsbericht liegt jetzt vor!

Was haben wir im vergangenen Jahr geleistet? Unser Tätigkeitsbericht gibt Aufschluss mit einem Rückblick auf 2022. Höhepunkte und wichtige Themen des letzten Jahres

Das Jahr 2022 war von dramatischen Ereignissen geprägt. Am 24. Februar 2022 begann Russland einen grundlosen Krieg gegen die Ukraine. Seitdem hat der EWSA die ukrainische Zivilgesellschaft durch Stellungnahmen, Konferenzen und Entschlüsse unterstützt. Der EWSA hat in Brüssel tätigen ukrainischen Organisationen der Zivilgesellschaft Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt, damit sie ihre Arbeit an einem sicheren Ort fortsetzen und die ukrainische Zivilgesellschaft unterstützen konnten. Mit dem Preis der Zivilgesellschaft wurden Initiativen zur Unterstützung der notleidenden Zivilbevölkerung ausgezeichnet.

Als Reaktion auf den Anstieg der Energiepreise legte der EWSA ein umfassendes Konzept für die Energiewende vor, das von der Notwendigkeit eines neuen Energiemodells und der Energieunabhängigkeit in der EU ausgeht. Und während die EU nach wie vor mit den Folgen der COVID-19-Pandemie zu kämpfen hat, sind Investitionen in den grünen und den digitalen Wandel heute wichtiger denn je. Außerdem hat der EWSA die Umsetzung und Durchführung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne unterstützt.

Die Broschüre finden Sie hier:

<https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/publications-other-work/publications/2022-year-review>.

AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



Die Klimadiplomatie muss zu einer Leitinitiative der EU-Außenpolitik werden

von Stefano Mallia, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber

In diesem Sommer wüteten in verschiedenen Ländern Südeuropas Waldbrände, die Häuser und Küstenorte zerstörten und große Waldgebiete in schwarzes Ödland verwandelten, während Slowenien von Überschwemmungen heimgesucht wurde. Klimakatastrophen sind kein neues Phänomen in Europa, haben aber sowohl hier als auch in anderen Teilen der Welt an Intensität zugenommen. Es steht außer Zweifel, dass diese immer häufigeren und extremeren Wetterereignisse dem Klimawandel geschuldet sind.

Durch die COVID-19-Pandemie, den Krieg in der Ukraine und die dadurch verursachte Energiekrise haben die Bemühungen zur Eindämmung des Klimawandels und zur Einleitung eines echten grünen Wandels in Europa an Fahrt verloren.

Einige Mitgliedstaaten haben verschiedene Maßnahmen ergriffen, mit denen der Ausstieg aus der Gewinnung fossiler Brennstoffe de facto verzögert wird, oder investieren sogar in neue Fördertätigkeiten, um ihren Energiebedarf zu decken. Ein solches Verhalten sendet verwirrende Signale nicht nur an die Menschen in Europa, sondern auch an Drittländer, die damit Verzögerungen im eigenen Transformationsprozess rechtfertigen könnten. All diese Entwicklungen gefährden möglicherweise den Erfolg der in diesem Jahr anstehenden COP 28, auf der eigentlich eine globale Einigung über den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen, die CO₂-Emissionen verursachen, erzielt werden soll.

Deshalb muss die EU an einem kohärenten und einheitlichen Vorgehen im Klimaschutz festhalten. Wir müssen unseren Worten konkrete Taten folgen lassen! Aktuell verstärkt die EU ihre Bemühungen im Bereich der Klimadiplomatie, deren Erfolg in hohem Maße von internen klimapolitischen Entscheidungen der EU, aber auch von der wirksamen Umsetzung des europäischen Grünen Deals abhängt. Trotz der neuen, sich vermehrt stellenden geopolitischen Herausforderungen muss sich die EU ein umfassenderes Bild von den geopolitischen Aspekten des europäischen Grünen Deals verschaffen. Dazu braucht sie eine neue, solide und glaubwürdige Strategie zur Anpassung ihrer Klimadiplomatie an die derzeitige geopolitische Landschaft.

Wo sollte angesetzt werden? Der EWSA ist der Auffassung, dass die EU das Instrumentarium der Klimadiplomatie um Initiativen ergänzen sollte, die nicht nur darauf abzielen, sich ehrgeizigere Klimaschutzziele zu setzen, sondern auch ihre Erfahrungen weiterzugeben und klimabedingte Risiken anzugehen.

Damit die Klimadiplomatie zu einem wirksamen Instrument werden kann, sollten wir uns die Tatsache zunutze machen, dass sie auf verschiedenen Ebenen stattfindet. Die Einrichtung eines zivilgesellschaftlichen Netzes für Klimadiplomatie könnte ein erster Schritt sein.

Beim weiteren Vorgehen dürfen wir keine Zeit verlieren, wenn irreparable Schäden vermieden werden sollen. Klimadiplomatie ist präventive Diplomatie. Deshalb liegt klar auf der Hand, dass die Klimadiplomatie dringend zu einer Leitinitiative der auswärtigen Angelegenheiten und der Außenpolitik der EU gemacht werden muss.



Aktuelle Themen am Ende des Sommers 2023: Tarifverhandlungen, Demokratie und die Zukunft der Arbeit

von der Gruppe Arbeitnehmer

Tarifverhandlungen bilden die Grundlage für die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern in Europa. Und doch gibt es in der EU große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten hinsichtlich der Tarifbindung und des Schutzes der Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer.

Tarifverhandlungen sind Teil des sozialen Dialogs, der auch zu den Prioritäten des spanischen EU-Ratsvorsitzes zählt. Die Gruppe Arbeitnehmer arbeitet diesbezüglich eng mit der spanischen Regierung zusammen, insbesondere im Rahmen der Stellungnahmen [Grüne Tarifverhandlungen](#) und [Demokratie am Arbeitsplatz](#). Beide Themen stehen auf der Tagesordnung der [hochrangigen Veranstaltung zum sozialen Dialog](#), die der spanische Ratsvorsitz am 21./22. September in Santiago de Compostela organisiert.

Die Gruppe Arbeitnehmer wird sich am 20. September der Bedeutung von sozialem Dialog und Tarifverhandlungen widmen. Ferner erhofft sie sich ein besseres Verständnis und mehr Klarheit über das komplexe Gesamtbild der Tarifverhandlungen auf EU-Ebene durch eine von ihr in Auftrag gegebene Studie zu diesem Thema. Bis 8. September sind Interessensbekundungen über diesen [Link](#) möglich.

Schutz und Befähigung der Zivilgesellschaft junger Menschen

von der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft

Im Juli veranstalteten die Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) und die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF Europe) gemeinsam das Jugendseminar *Jugend unter Druck* - [Schutz der Zivilgesellschaft junger Menschen](#). Das Seminar war eine Folgemaßnahme zu früheren Webinaren zum Thema

Bürgerbeteiligung junger Menschen, die 2021 und 2022 von der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft organisiert wurden.

In einem Austausch zwischen jungen Menschen und Vertretern der EU-Institutionen, darunter die Gastredner **Dr. Sergey Lagodinsky** (Mitglied des Europäischen Parlaments, Die Grünen/EFA), **Alessia Valentino** (Juristin, Europäische Kommission) und **Christian Moos** (Mitglied der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft und Berichterstatter der [anstehenden Stellungnahme des EWSA zum Paket zur Verteidigung der Demokratie](#)), wurden in dem Seminar europaweite Tendenzen und spezifische Verletzungen des zivilgesellschaftlichen Raums für junge Menschen erörtert.

Bei der Veranstaltung wurde betont, dass es dringend notwendig ist, einen koordinierten zivilgesellschaftlichen Dialog auf nationaler und europäischer Ebene zu führen, die Mittel für Jugendorganisationen aufzustocken und für eine inklusive Teilhabe aller jungen Menschen zu sorgen. Gefordert wurden ferner Instrumente zum Schutz von Aktivisten, sinnvolle Folgemaßnahmen zu den Jugenddialogen sowie die Bekämpfung der zunehmenden Einschränkungen für zivilgesellschaftliche Organisationen. Trotz unterschiedlicher Sichtweisen und der Erkenntnis, dass es keine Einheitslösung für die Probleme in den Mitgliedstaaten gibt, waren sich alle Redner und Teilnehmer darin einig, dass die junge Zivilgesellschaft dringend geschützt und befähigt werden muss, damit die Vitalität der Demokratien auch künftig erhalten bleibt.

Die vollständigen Schlussfolgerungen und Empfehlungen des Seminars sind unter <https://europa.eu/!DFFpPj> abrufbar.

SOON IN THE EESC/CULTURAL EVENTS

EU-Bio-Preise 2023: EWSA kürt Finalisten

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) freut sich, die Finalisten in den einzelnen Kategorien der zweiten Ausgabe der [EU-Bio-Preise](#) bekannt geben zu können. Diese Auszeichnungen wurden gemeinsam mit der Europäischen Kommission und weiteren Partnern ausgelobt, um Spitzenleistungen entlang der europäischen Bio-Wertschöpfungskette zu würdigen. Die Gewinner in den einzelnen Kategorien werden am 25. September, dem EU-Bio-Tag, im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung unter Teilnahme von EU-Landwirtschaftskommissar Janusz Wojciechowski verkündet.

Da der ökologische Wandel in ganz Europa an Dynamik gewinnt, erleben wir eine Fülle bemerkenswerter Initiativen. Die erste Phase der Bewertung ist abgeschlossen und wir freuen uns, nach eingehender Prüfung aller eingereichten Unterlagen die Finalisten in jeder der drei Kategorien vorstellen zu können.

Die Finalisten in alphabetischer Reihenfolge:

1. **Bestes Bio-Lebensmittel verarbeitendes kleines und mittleres Unternehmen (KMU)**

- [Ekološka kmetija Kukenberger](#), Slowenien: verarbeitet Milchprodukte
- [Fürstenhof GmbH](#), Deutschland: verarbeitet Eier und Geflügelfleisch
- [The Merry Mill](#), Irland: verarbeitet hauptsächlich glutenfreies Getreide und Mehl

2. **Bester Bio-Lebensmitteleinzelhändler**

- [Gut Wulksele GmbH](#), Deutschland: verkauft im Hofladen hauseigene Erzeugnisse
- [NaturaSì Ariele Conegliano](#), Italien: ein Bioladen des Netzes NaturaSì
- [Valle y Vega Cooperative Agroecológica de Granada](#), Spanien: von einer landwirtschaftlichen Genossenschaft betriebener Laden

3. **Bestes Bio-Restaurant/Bester Bio-Gastronomiedienstleister**

- [Biohotel St. Daniel](#), Slowenien: ein Restaurant in einem „Biohotel“
- [Luftburg – Kolariks Freizeitbetriebe GmbH](#), Österreich: ein familienfreundliches Restaurant
- [Trnulja Country Estate](#), Slowenien: ein Restaurant im Landgut

"Auch dieses Jahr konnte der EWSA dank seines Netzes zivilgesellschaftlicher Organisationen hochwertige Bewerbungen für diese Auszeichnungen anziehen. Diese bemerkenswerten Projekte umfassen die gesamte ökologische/biologische Wertschöpfungskette und zeigen deutlich, dass sich momentan ein echter praktischer Wandel hin zu nachhaltigeren und gerechteren Lebensmittelsystemen vollzieht. Die politischen Entscheidungsträger müssen nun günstige Bedingungen schaffen, damit diese Initiativen erfolgreich sind und in verschiedenen Regionen als Modell dienen können," so **Peter Schmidt**, Vorsitzender der EWSA-Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt (NAT).

Mit der Auslobung der EU-Bio-Auszeichnungen kommt die Europäische Kommission ihrer im [Aktionsplan für die Entwicklung der ökologischen/biologischen Produktion](#) eingegangenen Verpflichtung nach, herausragende Leistungen entlang der Bio-Lebensmittelkette – vom Landwirt bis zum Restaurant – zu würdigen. Ausgezeichnet werden sollen damit die besten und innovativsten Bio-Akteure, die zur Verringerung der Auswirkungen der Landwirtschaft auf das Klima und die Umwelt sowie zur Verwirklichung der Ziele der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und der Biodiversitätsstrategie beitragen.

Weitere Informationen über die Bewerber, die Auswahlkriterien und die Auszeichnungen im Allgemeinen finden Sie auf der [Website der EU-Bio-Preise](#) und auf dem [Internetportal des EWSA](#). (ks)

Bewerbungen für den EWSA-Preis der Zivilgesellschaft zum Thema psychische Gesundheit ab jetzt möglich

Der Europäische Wirtschaft- und Sozialausschuss (EWSA) vergibt den Preis der Zivilgesellschaft zum 14. Mal. Teilnahmeberechtigt sind Organisationen der Zivilgesellschaft, Einzelpersonen und Privatunternehmen, die in der Europäischen Union eingetragen bzw. niedergelassen sind.

Dieses Jahr ist der Preis der **psychischen Gesundheit** gewidmet. Der EWSA zeichnet kreative und innovative gemeinnützige Projekte aus, die Menschen mit psychischen Erkrankungen helfen und auf individueller oder kollektiver Basis günstige Rahmenbedingungen für ihr psychisches Wohlbefinden schaffen.

Der Preis ist mit insgesamt 50 000 EUR dotiert und wird unter höchstens fünf Preisträgern aufgeteilt.

Einsendeschluss für die Bewerbungen ist der 30. September 2023 um 10.00 Uhr. Die Preisverleihung findet voraussichtlich in der Woche der Zivilgesellschaft des EWSA im Frühjahr 2024 statt.

Zugelassen sind nur Initiativen und Projekte, die in der EU durchgeführt werden. Sie müssen bereits abgeschlossen sein oder noch laufen. Teilnahmeberechtigt sind Projekte, die zu zumindest einem der Themen durchgeführt werden, die in den [Regeln für den 14. EWSA-Preis der Zivilgesellschaft](#) genannt werden. Diese Regeln sind auf der einschlägigen [Website](#) abrufbar.

Die Projekte können sich unter anderem auf die Prävention oder Bekämpfung psychosozialer Risiken am Arbeitsplatz und die Förderung unterstützender Arbeitskulturen konzentrieren. Sie können auch auf die Bedürfnisse benachteiligter Gruppen und älterer Menschen im Bereich der psychischen Gesundheit eingehen oder das psychische Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen fördern.

Teilnahmeberechtigt sind ferner gemeinnützige Projekte z. B. zur Stärkung lokaler Gemeinschaften, die Netzwerke für eine Beteiligung der lokalen Bevölkerung entwickeln und unterstützende Rahmenbedingungen in Bezug auf die psychische Gesundheit schaffen. Zu den teilnahmeberechtigten Themen zählen daneben auch die Verbesserung der Kompetenzen im Bereich der psychischen Gesundheit und die Bekämpfung der Stigmatisierung, die Menschen häufig davon abhält, Hilfe zu suchen.

Der EWSA möchte mit diesem Preis das Engagement nichtstaatlicher Akteure für die Unterstützung von Menschen, die mit psychischen Problemen zu kämpfen haben, würdigen und veranschaulichen. Daneben sollen auch laufende Projekte gefördert und neue angeregt werden, um so den Beitrag hervorzuheben, den solche Projekte leisten können, um die Ausbreitung dieser lautlosen Epidemie in der EU einzudämmen.

Mit seinem Preis der Zivilgesellschaft will der EWSA auf den herausragenden Beitrag aufmerksam machen, den die Zivilgesellschaft zur Herausbildung einer europäischen Identität und zur Unionsbürgerschaft leistet und durch den die der europäischen Integration zugrundeliegenden gemeinsamen Werte gefördert werden. Der Preis ist jedes Jahr einem anderen Thema gewidmet, das für die EU von besonderer Bedeutung ist. Zu den bisherigen Themen gehörten Jugend, Unterstützung für die Ukraine, Klima und Gleichstellung der Geschlechter. 2020 verlieh der EWSA einmalig einen Sonderpreis der zivilgesellschaftlichen Solidarität, der der Bekämpfung von COVID-19 gewidmet war.

Bewerbungen können über diesen [Link](#) eingereicht werden. (II)

Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Daniela Marangoni (dm)

Beiträge zu dieser Ausgabe von

Millie Tsoumani (mt)
Daniela Marangoni (dm)
Daniela Vincenti (dv)
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)
Giorgia Battiato (gb)
Jasmin Kloetzing (jk)
Katerina Serifi (ks)
Katharina Radler (kr)
Laura Lui (ll)
Marco Pezzani (mp)
Margarita Gavanis (mg)
Margarida Reis (mr)
Pablo Ribera Paya (prp)
Aude François (af)
Thomas Kersten (tk)

Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Giorgia Battiato (gb)

Technical support
Bernhard Knobloch (bk)
Joris Vanderlinden (jv)

Anschrift

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
E-Mail: eescinfo@eesc.europa.eu

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen.
EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.
EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.
Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

09/2023